



Sprecher:

Rosmarie Brosig - Jürgen Jordan - Prof. Dr. Rainer Kalwait - Werner E. Niederdraenk – Heinrich Kellermann

Presseerklärung vom 9.9.2013

Wahlprüfstein - Abgeordnete gegen Straßenausbaubeiträge - Parteien reagieren unterschiedlich

Nach dem Bayerischen Kommunalabgabengesetz (BayKAG) sollen die Kommunen eine Straßenausbaubeitragsatzung erlassen. Bei schlechter Kassenlage müssen die Kommunen dann bei Erneuerungen und Verbesserungen der Straßen den Grund- und Hausbesitzern Beitragsbescheide schicken und die Bürger abkassieren. Sechsstellige Summen sind dabei keine Seltenheit.

Bundesweit hat sich Widerstand formiert. Vor allem in Bayern gibt es zahlreiche Bürgerinitiativen. Die Gerichte müssen sich mit vielen Klagen gegen diese Beitragsbescheide befassen. Über 50 Bürgerinitiativen in Bayern haben sich in dem Netzwerk „VerBiB Vereinigte Bürgerinitiativen für gerechte Kommunalabgaben im Freistaat Bayern“ zusammengeschlossen. Kontakt über „verbib@gmx.de“. Mit den Verbänden „Eigenheimer Verband Bayern e.V.“, „Verband Wohneigentum Bayern e.V.“, „VDGN Verband Deutscher Grundstücksnutzer“ und „AvgKD Allgemeiner Verband für gerechte Kommunalabgaben in Deutschland e.V.“ stehen knapp 300.000 Haushalte in Bayern hinter den Forderungen der „Nürnberger 'Erklärung“. Darin wird gefordert:

1. Unterbindung der fiktiven Ersterschließung nach dem BauGB durch Schließung einer Gesetzeslücke.
2. Herauslösung der Beitragspflicht für den Ausbau von Ortsstraßen aus dem Kommunalabgabengesetz (KAG) und statt dessen Finanzierung aus Steuermitteln.
3. Verpflichtung der Kommunen zur Einrichtung eines nachhaltigen Straßenbaumanagements zur Kosteneinsparung für Kommune und Bürger.

Im Vorfeld der Landtagswahl in Bayern hat VerBiB den Landtagsabgeordneten und -Kandidaten einen sogenannten Wahlprüfstein mit 8 Fragen zugeschickt. Immerhin hat jeder vierte Abgeordnete geantwortet, mancher mochte sich aber nur anonym äußern. Zusätzlich kamen auch Stellungnahmen der Landtagsfraktionen. Im Ergebnis sprechen sich die Fraktionen von SPD, die Grünen und Freie Wähler für die Beibehaltung der Regelungen, die FDP für deren Abschaffung aus. Bei der CSU teilt Innenminister Herrmann mit, dass die Regierung unsere Anregungen in ihre Überlegungen mit einbeziehen wird.

Die VerBiB-Sprecher Prof. Dr. Kalwait und Jürgen Jordan berichten, dass ein ungewöhnlich hoher Anteil von ca. 70% der Befragten dringenden Handlungsbedarf für eine Änderung des BayKAG sehen, um den viel zu weiten Ermessensspielraum der Kommunen einzudämmen. Zur grundsätzlichen Forderung von VerBiB, dass Straßenbau aus Öffentlichen Mitteln und nicht von willkürlich ausgesuchten Bürgern zu bezahlen sei – eben weil Straßen ein öffentliches Gut sind -, liegt die Zustimmung immerhin noch bei 55% der Abgeordneten.

Das Fazit aus der Befragung ziehen die Sprecher wie folgt: „Wir sind froh, dass sich die Bayerischen Abgeordneten in so großem Umfange beteiligt haben. Die vorliegenden Antworten und schriftlichen Stellungnahmen von FDP und CSU, die sich mit diesem Bürgerwillen im neuen Landtag beschäftigen werden, bestärken uns. Unsere Forderung, Straßenbau aus Steuermitteln zu finanzieren, werden wir nicht aufgeben. Es ist genügend Geld da. Es wird nur nicht zweckmäßig und vernünftig eingesetzt!. Und in 2014 stehen Kommunalwahlen an!“

Rosmarie Brosig
Jürgen Jordan
Prof. Dr. R. Kalwait
Heinrich Kellermann
Werner Niederdraenk

Am Waldhang 5
Börnestr. 2
Breiter Rain 15
Waldmannsasse 8
König-Heinrich-Str. 57 c

82205 Gilching
90475 Nürnberg
96479 Weitramsdorf
92331 Parsberg
97082 Würzburg

Tel. 08105-22315
Tel.: 0911/8325540
Tel.: 09561-33644
Tel.: 09492/5236
Tel.: 0931-77496

RosmarieBrosig@gmx.de;
bi.alfi.nuernberg@arcor.de;
rainer@kalwait.com;
h.kellermann@web.de;
w.e.niederdraenk@googlemail.com;